



Migration Osteuropäischer Bürger – Aufklärung versus Klischee

**„EINFLUSS AUF DIE EIGENE LEBENSGESTALTUNG
ZU HABEN, IST EINE KOSTBARE ERFAHRUNG, DIE
JEDEM ZUSTEHEN SOLLTE“**

Von Anika Pöhner

Bulgarien und Rumänien sind 2007 der Europäischen Union (EU) beigetreten. Seit diesem Zeitpunkt ist es den Bürgern der beiden Länder erlaubt, uneingeschränkt nach Deutschland einzureisen. Bulgaren und Rumänen können sich dabei auf das Freizügigkeitsgesetz berufen, welches besagt, dass sich alle Unionsbürger innerhalb der EU-Mitgliedstaaten frei bewegen dürfen. Seit dem Beitritt in die EU lässt sich ein hoher Zuwachs an Rumänen und Bulgaren in einigen deutschen Städten feststellen. Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt war ihnen bisher nur teilweise gestattet. Seit Beginn dieses Jahres besitzen die osteuropäischen Migranten die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit der EU.

Viele deutsche Bürger befürchten nun, dass sie durch diese neue Regelung schlechtere Chancen auf dem hiesigen Arbeitsmarkt haben und es vermehrt zu Missbrauch von Sozialleistungen kommt. Die Summe aller Umstände führt zu Konflikten, die durch Informationsmangel und Vorurteile verkompliziert werden. Besonders groß ist die Diskriminierung und Ausgrenzung von Roma, die auch in Rumänien und Bulgarien eine soziale Minderheit darstellen. Fragen zum Thema beantwortet die Psychologin und Leiterin des Jugendmigrationsdienstes der Katholischen Jugendagentur Köln (JMD), Linda Christiansen.

Ausgangssituation

Die schlechte wirtschaftliche und soziale Lage in Rumänien und Bulgarien führt schon seit 2007 zu einer vermehrten Auswanderungsbewegung. Ein Grund dafür ist die schlechte wirtschaftliche und soziale Lage in den Heimatländern. Es herrscht eine hohe Arbeitslosigkeit nicht nur bei ungelerten Bürgern, sondern auch bei Menschen mit einer guten Ausbildung. „Aktuell leben 370.000 Bulgaren und Rumänen in Deutschland und die EU-Kommission rechnet nicht mit einem sprunghaften Anstieg“, so die Leiterin des Jugendmigrationsdienstes (JMD), Linda Christiansen. „Wir erfahren in unserer Arbeit mit Migranten, dass viele junge Menschen aus Rumänien und Bulgarien sehr gut ausgebildet sind, oft sogar ein abgeschlossenes Studium vorweisen können. Dennoch ist es für sie schwierig, im

Heimatland Arbeit zu finden. Falls diese Menschen dort eine Anstellung finden, müssen sie nicht selten, bei harter körperlicher Arbeit, 10 Stunden am Tag arbeiten und erhalten dafür gerade mal 150 Euro im Monat. Ein Gehalt, von dem man auch in diesen Ländern kaum leben kann“, berichtet Christiansen.

Die Migranten erhoffen sich in Deutschland die Möglichkeit, eine Arbeitsstelle mit gerechter Entlohnung zu finden. Die Realität sieht dabei jedoch oft anders aus. So seien viele der gering qualifizierten osteuropäischen Einwanderer auch und gerade in Deutschland stark von Ausbeutung betroffen. „Ein Beispiel ist der ‚Arbeitsstrich‘, bei dem Menschen an einem bestimmten Straßenabschnitt darauf warten, dass ein potentieller Arbeitgeber ihnen für ein oder mehrere Tage bei geringem Gehalt Arbeit anbietet“, skizziert die 36-jährige Leiterin die aktuelle Situation.

Klischee „Sozialtourismus“

„Grundsätzlich gibt es zwei Formen von Migration: Eine freiwillige und eine unfreiwillige. Die unfreiwillige Migration wird in der Regel mit Asylsuchenden und Flüchtlingen in Verbindung gebracht, nicht mit EU-Bürgern“, erklärt Christiansen. Jedoch seien die Grenzen zwischen beiden Migrationsbewegungen in Hinblick auf die Lebensbedingungen und Zukunftsperspektiven in den südosteuropäischen Heimatländern fließend.

„Wir erleben in der täglichen Arbeit so gut wie nie das Phänomen des sogenannten ‚Sozialtourismus‘. Im Gegenteil, die jungen Menschen bei uns – gerade die aus Südosteuropa – sind hoch motiviert, die Chance auf ein besseres Leben zu ergreifen. Viele kommen ganz allein nach Deutschland und arbeiten hart am schnellen Spracherwerb, an der Anerkennung ihrer Abschlüsse aus dem Heimatland und an der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Sie vermissen ihre Heimat, Familien und Freunde sehr und schicken einen großen Teil ihres Gehaltes nach Hause. Sobald die Migranten im Berufsleben Fuß gefasst haben, werden ganze Großfamilien in den Heimatländern mit ernährt“, so die Leiterin des JMD.

„Neuland“ deutsche Verfassung

Die ersten drei Monate dürfen eingereiste EU-Bürger ohne Begründung in Deutschland verweilen, haben aber während dieser Zeit keinen Anspruch auf Sozialleistungen. Sobald sie einen Wohnsitz nachweisen können, bekommen die Familien Kindergeld. „Vor dem 01.01.2014 durften Rumänen und Bulgaren nur eingeschränkt am deutschen Arbeitsmarkt teilnehmen. Seit Anfang des Jahres besteht nach europäischem Recht die volle Arbeitnehmer-Freizügigkeit. So können nun auch ungelerte osteuropäische Migranten aus Bulgarien und Rumänien in Deutschland arbeiten“, erläutert Christiansen.

Die Hartz-IV-Frage ist noch nicht vollends geklärt. Wer einer Tätigkeit nachgeht,